

Extremismusprävention

6. Extremismusprävention

6.1	Extremismusprävention	296
6.2	Vortrags- und Informationsveranstaltungen	298
6.3	Ausstellung „Gemeinsam gegen Rechtsextremismus“	300
6.4	Informationsmaterialien	301
6.5	Veranstaltungen	303
6.6	Landesprogramm für Islamismusprävention „Kompetenzforum Islamismusprävention Niedersachsen“ (KIP NI)	305
6.6.1	Struktur	305
6.6.2	Arbeitsschwerpunkte	308
6.6.3	Arbeitsgruppen	309
6.6.4	Jahresveranstaltung	311
6.6.5	KIP NI-Internetseite	313
6.7	Aktion Neustart	314
6.8	Kontaktdaten	318

6.1 Extremismusprävention

Für eine effiziente und nachhaltige Sicherheitspolitik müssen Repression und Prävention Hand in Hand gehen. Aus diesem Bewusstsein heraus hat der Niedersächsische Verfassungsschutz 2014 den phänomenübergreifenden Fachbereich Extremismusprävention eingerichtet. Er umfasst eine Vielzahl von Angeboten, von der Informationsvermittlung über Extremismusphänomene und Radikalisierung, das Engagement im Rahmen der Niedersächsischen Landesprogramme für Extremismusprävention, die Präventionsberatung für Fachkräfte bis hin zum Ausstiegsangebot aus dem Extremismus.

Da sich die extremistischen Szenen ständig wandeln, werden die Präventionsangebote des Niedersächsischen Verfassungsschutzes stetig an die aktuellen Entwicklungen angepasst. Sie sind zudem zielgruppenorientiert und niedrigschwellig erreichbar. Dies stellt sicher, dass alle Bürgerinnen und Bürger Zugang zu den Angeboten haben, um sich zu informieren, Ansprechpartner bei konkreten Fragen zu finden und ggf. sogar selbst Hilfe zu erhalten, z. B. beim Ausstieg aus der extremistischen Szene.

Extremismusprävention ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung, die ausschließlich im Zusammenwirken von Staat und Zivilgesellschaft bewältigt werden kann. Der Niedersächsische Verfassungsschutz ist daher Kooperationspartner innerhalb eines Netzwerkes von unterschiedlichen Präventionsakteuren in Niedersachsen sowie auf Bundesebene. Damit trägt er zu einer gelingenden und ganzheitlich angelegten Extremismusprävention für Niedersachsen bei. Deshalb ist er gemeinsam mit dem Landeskriminalamt Niedersachsen (LKA NI) geschäftsführend im Landesprogramm für Islamismusprävention „Kompetenzforum Islamismusprävention Niedersachsen“ (KIP NI) tätig und hat seinerzeit federführend an der Erarbeitung des Landesprogramms gegen Rechtsextremismus – für Demokratie und Menschenrechte (heute: „Landesprogramm für Demokratie und Menschenrechte“) mitgearbeitet.

Der Niedersächsische Verfassungsschutz hält folgende Präventionsangebote vor:

- Bereitstellung von Referentinnen und Referenten für Fachvorträge,
- Veröffentlichung von Informationen des Verfassungsschutzes im Rahmen eigener Veranstaltungen und Publikationen,
- speziell für bestimmte Adressatenkreise konzipierte Informations- und Beratungsangebote (u. a. Wanderausstellung „Gemeinsam gegen Rechtsextremismus“¹¹⁹, Lehrkräftefortbildungen, Beratung von Funktionsträgerinnen und -trägern in Städten und Kommunen),
- Betreuung von Personen, die sich von extremistischen Ideologien bzw. Szenen abwenden möchten (Aussteigerprogramm Aktion Neustart¹²⁰).

Aktuelle Einflussfaktoren auf die Extremismusprävention

Auch 2022 waren die Auswirkungen der Corona-Pandemie in Bezug auf die Präventionsmaßnahmen organisatorisch und inhaltlich deutlich zu spüren. Bezüglich der Organisation wurden Veranstaltungen und Vorträge teilweise digital oder in hybriden Formaten angeboten. Manche Formate wie die Diskussionsveranstaltung „Aktuell und Kontrovers“ und die Wanderausstellung „Gemeinsam gegen Rechtsextremismus“ mussten entfallen.

Inhaltlich sind im Zuge der Corona-Pandemie Bedrohungen und Herausforderungen für die Demokratie in besonderer Weise sichtbar geworden. Zu nennen sind etwa die gesellschaftliche Polarisierung was den Umgang mit der Corona-Pandemie angeht, Vertrauensverluste in demokratische Institutionen und Prozesse, Verschwörungstheorien, Antisemitismus, Hate Speech und Online-Radikalisierung. Diese Herausforderungen beeinflussten auch die Ausrichtung der Präventionsangebote. So wurden im Vortragswesen Themen wie Delegitimierung des Staates, Verschwörungstheorien, Antisemitismus und Reichsbürger stark nachgefragt. Auch das Symposium mit dem Titel „#Umsturz? – Aktuelle Gefahren für die Demokratie und Wege der Prävention“ widmete sich der zunehmenden Infragestellung

¹¹⁹ Siehe Kapitel 6.3.

¹²⁰ Siehe Kapitel 6.7.

demokratischer Verfahren und Werte u. a. am Beispiel der Proteste gegen die Maßnahmen der Regierung zur Eindämmung der Corona-Pandemie.

Fragestellungen zu den Zusammenhängen zwischen psychischen Auffälligkeiten und extremistischer Radikalisierung rückten insbesondere in der Deradikalisierungsarbeit in den Fokus. Dies ist zwar kein gänzlich neues Thema: Schon vor der Corona-Pandemie ging eine Reihe von extremistisch motivierten Gewalttaten mit psychischen Auffälligkeiten der Täter einher. Doch ist dieser Faktor in Zeiten, die durch gesellschaftliche Unsicherheiten geprägt sind, etwa durch die Corona-Pandemie, den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine, Inflation und steigende Energiepreise bedeutend für Maßnahmen und Konzepte der Extremismusprävention.

Deutlich wird angesichts der genannten Herausforderungen, dass verstärkt Ansätze der Extremismusprävention vor allem zu den Themen Online-Radikalisierung und Demokratieförderung entwickelt und bereits vorhandene Maßnahmen verstetigt werden müssen.

6.2 Vortrags- und Informationsveranstaltungen

Ein wichtiger Baustein der Präventionsangebote des Niedersächsischen Verfassungsschutzes sind Vortrags- und Informationsveranstaltungen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Verfassungsschutzes können zu allen Aspekten des Extremismus als Referentinnen und Referenten eingeladen werden, z. B. von Kommunen, Vereinen, Parteien, zivilgesellschaftlichen Organisationen, Behörden, Schulen und anderen Bildungseinrichtungen. Ebenso werden Projekttag, Seminare und Workshops auf Anfrage fachlich begleitet. Die Themen und Formate können dabei innerhalb des Zuständigkeitsbereichs des Verfassungsschutzes mit den Referentinnen und Referenten flexibel vereinbart werden.

2022 konnten insgesamt 98 Vortragseinheiten realisiert werden, an denen ca. 2.600 Bürgerinnen und Bürger teilnahmen. Von diesen 98 Vortragseinheiten dienten 24 als Ersatz für pandemiebedingt ausgefallene Termine der Wanderausstellung „Gemeinsam

gegen Rechtsextremismus“ an den Polizeiakademien Nienburg und Oldenburg. So erhielten die Studierenden dennoch einen Überblick über alle Extremismusphänomene und die Aufgaben des Verfassungsschutzes.

Das Thema Rechtsextremismus wurde mit 12 Vorträgen und etwa 450 Teilnehmenden am stärksten nachgefragt. In 82 Vorträgen mit rund 2.000 Teilnehmenden wurden die Arbeit des Verfassungsschutzes, die verschiedenen Extremismusbereiche und Angebote der Prävention umfassend behandelt. Ein Vortrag thematisierte den Phänomenbereich Islamismus, zwei Vorträge befassten sich speziell mit der Arbeit des Verfassungsschutzes, ein Vortrag widmete sich dem Thema der Extremismusprävention.

Kooperationsprojekt „Riegelstellung gegen Extremismus“ mit dem Landesfeuerwehrverband Niedersachsen

Seit 2020 fördert der Niedersächsische Verfassungsschutz das beim Landesfeuerwehrverband Niedersachsen angesiedelte Präventionsprojekt „Riegelstellung gegen Extremismus“ mit jährlich bis zu 10.000 Euro. Ziel des Projektes ist es, die freiwilligen und Berufsfeuerwehren in Niedersachsen zu informieren, wie Extremismus und extremistische Radikalisierung zu erkennen sind, sowie Handlungsoptionen im Falle einer Radikalisierung an die Hand zu geben. Der Fachbereich Extremismusprävention ist an der Kooperation in Form von Vorträgen und Seminartagen für die Angehörigen der niedersächsischen Feuerwehren inhaltlich beteiligt. 2022 konnten fünf Veranstaltungen gemeinsam mit dem Landesfeuerwehrverband Niedersachsen realisiert werden. Bereits die vorangehenden Projekte „Löschangriff gegen Rechts“ und „Zündstoff für die Feuerwehren in Niedersachsen“ hat der Niedersächsische Verfassungsschutz gefördert.



6.3 Ausstellung „Gemeinsam gegen Rechtsextremismus“

Ein seit Jahren erfolgreiches und anschauliches Format der Präventionsarbeit des Niedersächsischen Verfassungsschutzes bildet die Wanderausstellung „Gemeinsam gegen Rechtsextremismus“. Grundlegende Informationen zu verschiedenen Ausprägungen des Rechtsextremismus und rechtsextremistischer Propaganda werden u. a. anhand einschlägiger Internetvideos, rechtsextremistischer Musik und Szenebekleidung vermittelt. Einen Schwerpunkt der Ausstellung bildet die rechtsextremistische Jugendszene. Daher eignet sie sich insbesondere für Schülerinnen und Schüler bzw. Auszubildende. Sie wird durch Referentinnen und Referenten des Niedersächsischen Verfassungsschutzes begleitet, die im Rahmen von 90-minütigen Führungen die Fragen der Teilnehmenden beantworten.

Bereits seit dem Jahr 2005 setzt der Niedersächsische Verfassungsschutz die inzwischen mehrfach überarbeitete Wanderausstellung zur Informationsvermittlung über den Rechtsextremismus ein. Seitdem fanden rund 1.000 Führungen statt, bei denen ungefähr 23.000 Besucherinnen und Besucher erreicht wurden. Insgesamt war die Wanderausstellung seit 2005 in 91 Orten in Niedersachsen sowie in angrenzenden Bundesländern zu sehen. 2022 konnte die Ausstellung aufgrund der pandemischen Lage nicht gezeigt werden. 2023 wird die Ausstellung wieder auf Tour gehen. Die Planungen sind bereits fortgeschritten, sodass bei Anfragen ggf. mit einer Wartezeit gerechnet werden muss.



Neue Module fokussieren Antisemitismus und Verschwörungstheorien

2021 und 2022 wurde die Wanderausstellung durch zwei Module ergänzt. Das erste Modul behandelt mit dem Antisemitismus einen Grundbestandteil der rechtsextremistischen Ideologie, informiert jedoch auch kurz über Formen des Antisemitismus in anderen Extremismusbereichen. Die zweite Erweiterung befasst sich mit dem Thema Verschwörungstheorien. Nach vorheriger Absprache besteht die Möglichkeit, die Themen als eigene Schwerpunkte zu behandeln.



6.4 Informationsmaterialien

Der Niedersächsische Verfassungsschutz erstellt Informationsmaterialien (Flyer & Broschüren) zu aktuellen Entwicklungen im Extremismus und veröffentlicht den jährlichen Verfassungsschutzbericht, der einen detaillierten Überblick über die extremistischen Entwicklungen in Niedersachsen gibt. Die Materialien können kostenfrei beim Niedersächsischen Verfassungsschutz bestellt werden und stehen auch auf der Internetseite des Niedersächsischen Verfassungsschutzes zum kostenlosen Download zur Verfügung. Einige Flyer sind auch in anderen Sprachen erhältlich.

Das Portfolio umfasst folgende Titel, wobei einige derzeit überarbeitet werden und zeitnah wieder zur Verfügung stehen:

- „Rechtsextremismus“ (Flyer),
- „Identitäre Bewegung Deutschland (IBD): Ideologie und Aktionsfelder“ (Broschüre),
- „Reichsbürger und Selbstverwalter“ (Flyer),
- „Islamismus“ (Flyer) (deutsch, arabisch, türkisch),
- „Salafismus: Erscheinungsformen und aktuelle Entwicklungen“ (Broschüre),
- „Jihadistischer Salafismus“ (Flyer),
- „Frauen im Salafismus: Erscheinungsformen und aktuelle Entwicklungen“ (Broschüre),
- „Jugend und Familie im Salafismus“ (Broschüre),
- „Linksextremismus“ (Flyer),
- „Autonome Gewalt“ (Flyer),
- „Vom Autonomen zum Postautonomen: Autonome in Bewegung“ (Broschüre),
- „Verfassungsschutz durch Information“ (Flyer),
- „Antisemitismus im Extremismus“ (Broschüre),
- „Verschwörungstheorien: Erscheinungsformen und Symbole“ (Flyer),
- „Spionage – (k)ein Thema?!“ (Flyer),
- „Immobiliengeschäfte mit extremistischem Hintergrund“ (Flyer; nur für Kommunen)



Neuer Flyer „Verschwörungstheorien: Erscheinungsformen und Symbole“

Der neue Informationsflyer thematisiert Verschwörungstheorien, beschreibt deren Erscheinungsformen und illustriert anhand von drei aktuellen Beispielen, wie sie von Extremisten im Sinne ihrer eigenen Ideologie verbreitet werden. Darüber hinaus liefert der Flyer Hilfestellungen und weitere Informationen zu der Frage, wie verschwörungstheoretischen Argumentationen in Gesprächen begegnet werden kann.

6.5 Veranstaltungen

Symposium

Bereits seit 2006 werden vom Niedersächsischen Verfassungsschutz jährlich öffentliche Symposien veranstaltet, in deren Rahmen anerkannte Expertinnen und Experten aus unterschiedlichen Blickwinkeln Themen des Extremismus diskutieren.

Nach drei Jahren coronabedingter Pause führte der Niedersächsische Verfassungsschutz am 31.08.2022 unter dem Titel „#Umsturz? Aktuelle Gefahren für die Demokratie und Wege der Prävention“ wieder ein Symposium durch. Bei der Veranstaltung diskutierten über 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit Expertinnen und Experten über den Einfluss politischer und gesellschaftlicher Entwicklungen auf den Extremismus und über aktuelle Herausforderungen für die Demokratie.

Unter dem Eindruck der Proteste gegen die Maßnahmen der Regierung zur Eindämmung der Corona-Pandemie, des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine und zunehmender Skepsis innerhalb der Bevölkerung bezüglich demokratischer Entscheidungsfindungsprozesse widmete sich das Symposium der Frage nach dem Zustand unserer Demokratie. „Unser demokratisches System wird derzeit – so möchte ich es zunächst zusammenfassen – von innen und von außen angegriffen“, machte der damalige Niedersächsische Verfassungsschutzpräsident Bernhard Witthaut in seiner Begrüßungsrede deutlich. Dies habe auch Konsequenzen für die Verfassungsschutzbehörden, deren Arbeit sich in den letzten Jahren tiefgreifend verändert habe:

„Die Zeiten, in denen sich Extremisten in klar abgrenzbaren Gruppierungen organisierten, sind längst vorbei. Extremistische Akteure suchen verstärkt und gezielt den Kontakt zur Mitte der Gesellschaft, mobilisieren mit aktuellen Themen und suchen neue Allianzen. Diese Entwicklung lässt sich in allen Phänomenbereichen feststellen.“

Der Bonner Politikwissenschaftler Professor Dr. Frank Decker unterzog in seinem Vortrag mit dem Titel „Demokratie unter Druck. Vor welchen Herausforderungen stehen Politik und Gesellschaft?“ den gegenwärtigen Zustand der Demokratie einer eingehenden Analyse und legte die Grundlage für die anschließenden Workshops, die den Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Möglichkeit boten, einzelne Aspekte zu vertiefen.

Nachdem am Vormittag eine Analyse des Zustandes der Demokratie und deren Bedrohungen im Vordergrund stand, leitete der damalige Niedersächsische Minister für Inneres und Sport, Boris Pistorius, den Nachmittag der Veranstaltung ein, bei dem der Schwerpunkt auf Maßnahmen der Demokratieförderung und Prävention gelegt wurde. Unter Verweis auf aktuelle Studien betonte er:

„Wir nehmen immer mehr ein Auseinanderdriften der unterschiedlichen Schichten und Milieus wahr, gerade bei der Wahrnehmung demokratischer Prozesse. Auf der einen Seite der Gesellschaft findet sich eine stabile Mehrheit überzeugter Demokratinnen und Demokraten. Dieser steht aber eine zunehmend gefestigte Gruppe von Personen entgegen, die die Demokratie und ihre Vertreterinnen und Vertreter bekämpft und sie bloßstellen will.“

Um dieser Entwicklung entgegenzutreten, betonte Minister Pistorius umso mehr die zentrale Bedeutung der Extremismusprävention:

„Wir müssen mehr Menschen dazu ermutigen und befähigen, sich aktiv für unsere Demokratie einzusetzen. Aber dafür brauchen wir genauso eine passgenaue Maßnahme zur Förderung demokratischer Kultur und Demokratiebildung in Schulen, Kitas, aber auch in der Erwachsenenbildung.“

In der anschließenden Podiumsdiskussion, die von der ZEIT-Journalistin Cosima Schmitt geleitet wurde, diskutierten Boris Pistorius, die Leiterin der Landeszentrale für politische Bildung in Niedersachsen, Ulrika Engler, der Leiter des Göttinger Instituts für Demokratieforschung, Prof. Dr. Simon Franzmann, und Erich Marks,

Geschäftsführer des Deutschen Präventionstags, über Veränderungen im Extremismus, die zunehmende Demokratieferne in einigen Teilen der Bevölkerung und Möglichkeiten, diesen Entwicklungen durch Förderung von Demokratiebewusstsein und Prävention zu begegnen. Einigkeit bestand darin, dass Angebote zur Förderung von Medienkompetenz für alle Altersstufen dringend ausgebaut werden sollten. Gemeinsam betonten die Diskutanten den hohen Wert der früh ansetzenden staatlichen und zivilgesellschaftlichen Präventionsangebote in Niedersachsen, um demokratisches Bewusstsein zu stärken.

Podiumsdiskussionen

2014 initiierte der Niedersächsische Verfassungsschutz mit „Aktuell und Kontrovers – Verfassungsschutz im Diskurs mit Wissenschaft und Zivilgesellschaft“ eine weitere Veranstaltungsreihe. Bei diesem Format stehen nicht die eigenen Positionen des Niedersächsischen Verfassungsschutzes im Vordergrund; vielmehr bietet es ein Forum, um Akteure der Wissenschaft, der Zivilgesellschaft und der Politik über aktuelle Themen miteinander ins Gespräch zu bringen.

2022 konnte die Veranstaltung nicht durchgeführt werden. Für 2023 ist dieses Veranstaltungsformat jedoch wieder vorgesehen. Über Termine informiert die Internetseite des Niedersächsischen Verfassungsschutzes.

6.6 Landesprogramm für Islamismusprävention „Kompetenzforum Islamismusprävention Niedersachsen“ (KIP NI)

6.6.1 Struktur

Die islamistische und hierbei vor allem die salafistische Radikalisierung junger Menschen stellt Staat und Gesellschaft vor große Herausforderungen. Wichtig ist, Radikalisierungsprozessen vorzubeugen oder diese aufzuhalten. Das Land Niedersachsen begegnet



dieser Herausforderung, indem es auf eine lebendige und vielfältige Präventionslandschaft setzt. Diese Vielfalt sowie die sicherheitspolitische Lage (z. B. Rückkehrende aus den ehemaligen Jihadgebieten in Syrien und im Irak) machen eine strukturierte und abgestimmte Vorgehensweise notwendig.

Im Juli 2016 hatte die Niedersächsische Landesregierung deshalb die Einrichtung der „Kompetenzstelle Islamismusprävention Niedersachsen“ (KIP NI) beschlossen. Im Mai 2020 wurde KIP NI per Kabinettsbeschluss zum Landesprogramm für Islamismusprävention ausgebaut. Das Landesprogramm trägt den Titel „Kompetenzforum Islamismusprävention Niedersachsen“ (KIP NI).

Das KIP NI hat zur Aufgabe, die vorhandenen Netzwerke der unterschiedlichen Akteure im Bereich der niedersächsischen Islamismusprävention zu bündeln, zu institutionalisieren und zu intensivieren. Es ist damit die zentrale Stelle in Niedersachsen, an der die vielfältigen Ansätze der Islamismusprävention zusammenlaufen, abgestimmt und strukturiert werden.

Das Kompetenzforum ist eine ressortübergreifende Einrichtung, in welcher der Sachverstand

- des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport (MI),
 - des Landeskriminalamtes Niedersachsen (LKA NI),
 - des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung (MS) mit der zivilgesellschaftlichen Beratungsstelle zur Prävention neo-salafistischer Radikalisierung – beRATen e. V.,
 - des Niedersächsischen Justizministeriums (MJ) mit dem Landespräventionsrat Niedersachsen (LPR NI) sowie
 - des Niedersächsischen Kultusministeriums (MK)
- zusammengeführt wird.

Die Koordinierungsstelle des Kompetenzforums wird gemeinsam und gleichberechtigt durch den Niedersächsischen Verfassungsschutz (Fachbereich Extremismusprävention) und das LKA NI (Präventionsstelle Politisch Motivierte Kriminalität) wahrgenommen.

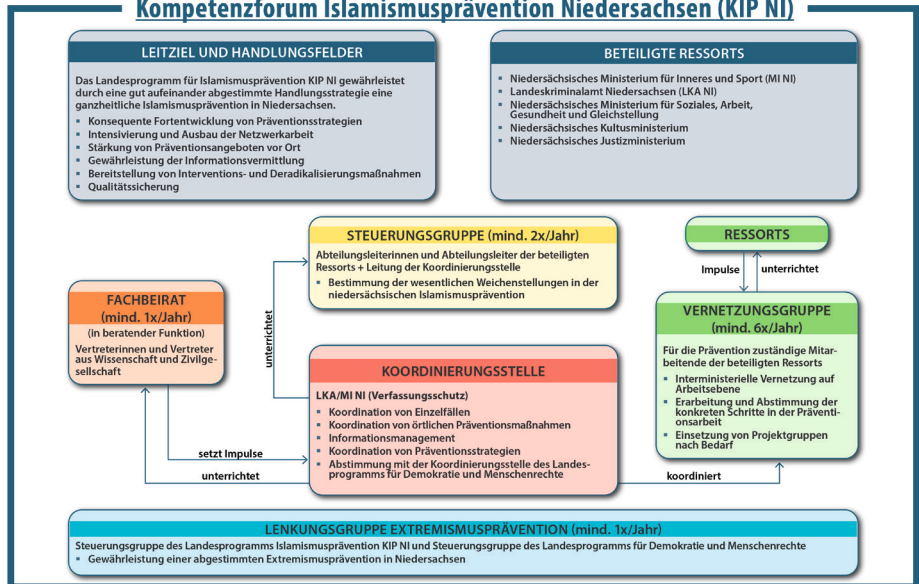
Die am KIP NI beteiligten Ressorts sind auf mehreren Ebenen miteinander vernetzt:

Landesprogramm für Islamismusprävention



Niedersachsen

Kompetenzforum Islamismusprävention Niedersachsen (KIP NI)



- Eine Steuerungsgruppe, bestehend aus den jeweils zuständigen Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleitern der an dem KIP NI beteiligten Ministerien, setzt die wesentlichen Weichenstellungen für die Islamismusprävention in Niedersachsen.
- Zur interministeriellen Vernetzung auf Arbeitsebene finden regelmäßig Vernetzungstreffen mit den für die Islamismusprävention zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern statt. Hier werden die Details der ressortübergreifenden Islamismusprävention gemeinschaftlich erarbeitet, neue Trends im Themenfeld Islamismus diskutiert, Präventionsansätze entwickelt und bei Bedarf Projektgruppen eingerichtet.
- Die Arbeit des KIP NI wird durch einen Fachbeirat, bestehend aus Mitgliedern aus Zivilgesellschaft und Wissenschaft, beratend begleitet.

Darüber hinaus stimmt sich das Landesprogramm KIP NI fachlich und strategisch mit dem Landesprogramm für Demokratie und Menschenrechte (Federführung im MJ) ab, um Synergieeffekte zu nutzen

und Doppelstrukturen zu vermeiden. Ziel ist es, in Niedersachsen eine ganzheitliche Extremismusprävention zu gewährleisten.

6.6.2 Arbeitsschwerpunkte

■ Strategische Koordinierung

In den verschiedenen Gremien des KIP NI werden nachhaltige Strategien für die Islamismus-/Salafismusprävention in Niedersachsen entwickelt. Der Niedersächsische Verfassungsschutz koordiniert diesen Entwicklungsprozess.

■ Einzelfallbezogene Koordinierung

Zur Koordinierung und Bearbeitung von Einzelfällen beruft das LKA NI Fallkonferenzen mit den jeweils erforderlichen Akteuren ein. Gemeinsam werden einzelfallbezogene Präventionsmaßnahmen der Intervention und Deradikalisierung erarbeitet.

■ Aufbau von kommunalen Netzwerken für Extremismusprävention

Der Niedersächsische Verfassungsschutz, das LKA NI und beRATen e. V. begleiten den Prozess der lokalen Netzwerkbildung, um sicherzustellen, dass vor Ort u. a. für die Islamismus-/Salafismusprävention Informationen problemlos für die Öffentlichkeit zugänglich sind, Meldewege etabliert werden und die Fallbearbeitung effizient erfolgen kann.

■ Sensibilisierung

Alle am KIP NI beteiligten Akteure bieten Maßnahmen zur Sensibilisierung der mit dem Phänomen Islamismus/Salafismus konfrontierten Einrichtungen und der Öffentlichkeit an. Detaillierte Informationen zu den Sensibilisierungs- und Informationsangeboten des Niedersächsischen Verfassungsschutzes sind den Kapiteln „6.2 Vortrags- und Informationsveranstaltungen“ sowie „6.4 Informationsmaterialien“ zu entnehmen. Zudem koordiniert der Niedersächsische Verfassungsschutz die Öffentlichkeitsarbeit des KIP NI mittels einer eigenen Internetseite, Flyern und Broschüren und ist für die öffentliche Jahresveranstaltung des KIP NI verantwortlich.

■ Intervention und Deradikalisierung

Das Aussteigerprogramm des Niedersächsischen Verfassungsschutzes Aktion Neustart¹²¹ hilft Ausstiegswilligen dabei, sich

¹²¹ Siehe Kapitel 6.7.

von extremistischer Szene und Ideologie zu lösen und ein Leben ohne Extremismus zu führen. Die zivilgesellschaftliche Beratungsstelle zur Prävention neo-salafistischer Radikalisierung beRATen e. V. bietet Beratung bei Radikalisierungsverdachtsfällen und steht Angehörigen bzw. dem Umfeld von Radikalisierten als Ansprechpartner zur Verfügung. Beide Angebote sind kostenlos, vertraulich und auf freiwilliger Basis.

6.6.3 Arbeitsgruppen

2022 haben folgende interministerielle Arbeitsgruppen (AG) innerhalb des KIP NI gearbeitet:

- AG „Kommunale Strukturen der Islamismusprävention“ (AG KoStl):

In dieser Arbeitsgruppe geht es um die zielgerichtete Stärkung der Islamismusprävention auf lokaler Ebene. Für eine ganzheitliche Islamismusprävention im Flächenland Niedersachsen ist es notwendig, dass Präventionsstrukturen auf Landesebene durch Strukturen auf kommunaler Ebene ergänzt werden. Da extremistische Szenen sich teilweise ähnlicher Formen und Formate der Ansprache und Propaganda bedienen und die extremistischen Phänomenbereiche in einer dynamischen Wechselwirkung zueinander stehen, stellen sich die Netzwerke phänomenübergreifend auf. Ziel der AG KoStl ist es, ressortübergreifend Standards der Extremismusprävention auf lokaler Ebene zu erarbeiten. Hierfür stimmen sich das LKA NI, der Niedersächsische Verfassungsschutz und beRATen e. V. in regelmäßigen Sitzungen über die Bedarfe vor Ort und Standards für kommunale Netzwerke der Extremismusprävention ab. Außerdem initiieren und begleiten sie die Netzwerkbildung vor Ort und unterstützen z. B. durch Moderation, administrative Tätigkeiten, Vernetzung mit staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren und Angeboten sowie Vermittlung und Durchführung von Fachvorträgen. Die AG KoStl steht dem jeweiligen kommunalen Netzwerk auch langfristig beratend zur Seite. In mehreren Kommunen wurden mittlerweile Netzwerkstrukturen erarbeitet und Meldewege institutionalisiert.

■ AG „Zusammenarbeit mit Jugendämtern“:

Unter Federführung des MS wurde eine AG gebildet, deren Aufgabe darin besteht, die Herausforderungen, die Möglichkeiten sowie die Stärkung der Zusammenarbeit von Akteuren der Präventionsarbeit mit Jugendämtern im Kontext von islamistischer Radikalisierung zu bearbeiten. Ein besonderer Fokus liegt auf aus Syrien und dem Irak zurückkehrenden Kindern, aber auch auf Schnittstellen von Kinder- und Jugendhilfe und Radikalisierungsprävention. In dieser AG wirken Vertreterinnen und Vertreter des Landesjugendamtes, der Fachreferate des MS, der Beratungsstelle beRATen e. V. sowie die Rückkehrkoordination von LKA NI und Verfassungsschutz mit. Verstärkt wird dieses Team durch eine Vertreterin bzw. einen Vertreter des zivilgesellschaftlichen Projektes „Clearingstelle Radikalisierungsprävention an den Schnittstellen des SGB VIII“.

■ AG „Deradikalisierungsforum“:

In dieser AG erarbeiten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Aussteigerprogramms Aktion Neustart beim Niedersächsischen Verfassungsschutz, welches die Federführung dieser AG innehat, mit denen des Violence Prevention Network (VPN) und von beRATen e. V. gemeinsam Standards für die Deradikalisierungsarbeit in Niedersachsen.

■ AG „(De-)Radikalisierung und Prävention im Kontext psychischer Auffälligkeiten“:

Unter der Federführung des MS, der Beratungsstelle beRATen e. V. und des LKA NI arbeiten in dieser AG zivilgesellschaftliche und staatliche Präventionsakteure mit weiteren Professionen aus den Bereichen Psychiatrie und Psychotherapie zusammen. Ziel der AG ist die multiprofessionelle Betrachtung von Fällen sowie eine gut vernetzte Zusammenarbeit unter Wahrung der jeweiligen datenschutzrechtlichen Grenzen. Der Niedersächsische Verfassungsschutz ist durch das Aussteigerprogramm Aktion Neustart in der AG vertreten.

6.6.4 Jahresveranstaltung

Seit 2017 bringt die jährliche KIP NI-Tagung die in der Islamismusprävention tätigen Akteurinnen und Akteure in Niedersachsen zusammen und bietet Raum für Vernetzung und Diskussionen. In verschiedenen Formaten, von Podiumsdiskussionen, Workshops, Fachvorträgen bis hin zu Theaterstücken, findet ein Austausch zu aktuellen Themen und Fragestellungen statt.

Am 09.12.2022 fand die 5. Jahrestagung des KIP NI in Hannover statt. An der Veranstaltung mit dem Titel „Psychisch auffällig oder radikal – was nun?“ nahmen rund 200 Personen teil. Der damalige Niedersächsische Minister für Inneres und Sport, Boris Pistorius, begrüßte die Gäste und verwies auf die vielfältigen Wechselwirkungen zwischen Radikalisierungsprozessen und psychischen Auffälligkeiten. Er betonte:

„Die islamistischen Anschläge von zugleich psychisch auffälligen Täterinnen und Tätern zeigen, wie wichtig und absolut notwendig es ist, dass die Sicherheitsbehörden das Fachwissen von Präventions- und Deradikalisierungsakteuren sowie der Heilberufe in ihre Arbeit mit einbeziehen.“

Die beiden Geschäftsführerinnen des KIP NI, Daniela Schlicht vom Niedersächsischen Verfassungsschutz und Lisa Borchardt vom Landeskriminalamt Niedersachsen (LKA NI), gaben einen Überblick über die Aktivitäten und Arbeitsschwerpunkte des Landesprogramms für Islamismusprävention im Jahr 2022. Daniela Schlicht betonte, dass die im KIP NI verbundenen Akteure es sich zur Aufgabe gemacht haben, verschiedene Berufsgruppen miteinander zu vernetzen, um die in Niedersachsen vorhandenen Regelstrukturen und Ressourcen bestmöglich für die Islamismusprävention zu nutzen. Lisa Borchardt ergänzte, dass dies insbesondere auch für die präventive Fallarbeit der Präventionsstelle Politisch Motivierte Kriminalität (PPMK) im LKA NI gelte, die u. a. auf die Initiierung und Koordination bedarfsge rechter Deradikalisierungsmaßnahmen abzielt. Bei der Bearbeitung von Radikalisierungsprozessen, bei denen sich psychische Auffälligkeiten als bedeutsam erweisen, seien Angehörige aus Heilberufen unerlässliche Netzwerkpartnerinnen und -partner.

Im ersten Fachvortrag beleuchtete Florian Endres vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) die Herausforderungen und Handlungsoptionen im Kontext psychischer Auffälligkeiten in der Deradikalisierungsarbeit:

„Im präventiven Umgang mit psychischen Auffälligkeiten, die im Zusammenhang mit Radikalisierung auftreten können, ist die enge Vernetzung von Behörden, Heilberufen und Zivilgesellschaft Grundvoraussetzung.“

Dr. Marc Allroggen vom Universitätsklinikum Ulm beschäftigte sich im zweiten Fachvortrag mit der „Behandlersicht“. Dabei machte er auf die Bedeutung von psychischen Störungen in der Entstehung von extremistischer Gewalt aufmerksam und schilderte deren Auswirkungen auf die Deradikalisierungsarbeit. Für die Heilberufe zeigte Dr. Allroggen die vielfältigen Berührungspunkte mit dem Bereich Extremismus auf. Er betonte, dass eine Integration von Heilberufen und insbesondere Psychiaterinnen und Psychiatern sowie Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten in die Extremismusprävention sinnvoll und möglich sei. Voraussetzung dafür seien aber spezifische Strategien und Konzepte sowie eine klare Aufgabendefinition in Abgrenzung zu anderen Akteuren der Extremismusprävention. Benötigt würden zudem Fortbildungen und Netzwerke für Heilberufe im dargestellten Themenfeld.

Aufbauend auf den Fachvorträgen und anhand von Fallbeispielen diskutierten Dr. Marc Allroggen, Dominik Irani (Bayerisches Landeskriminalamt) und Thorben Lehnert (Beratungsstelle beRATen e. V.) zusammen mit einem Mitarbeiter des Aussteigerprogramms Aktion Neustart (Niedersächsischer Verfassungsschutz) unter der Moderation von Cosima Schmitt (Journalistin und Autorin bei der ZEIT) über die Möglichkeiten und Herausforderungen in der praktischen Arbeit, aber auch über die Grenzen der Zusammenarbeit aufgrund unterschiedlicher Aufträge und gesetzlicher Rahmenbedingungen. Deutlich wurde, dass psychische Störungen im Kontext von Radikalisierung schon immer eine Rolle gespielt haben. Die Experten des Podiums waren sich einig, dass die multiperspektivische Betrachtung von Fällen sowie eine gut vernetzte Zusammenarbeit unabdingbar dafür sind, islamistische



Radikalisierung im Kontext psychischer Auffälligkeiten rechtzeitig zu erkennen (oder auszuschließen), um somit frühzeitig präventiv eingreifen zu können.

Die Veranstaltung wurde grafisch durch Anja Weiss (Graphic Recording, Illustration & Grafik-Design) begleitet, die ihre Eindrücke dem Publikum zum Abschluss der Veranstaltung vorstellte.

6.6.5 KIP NI-Internetseite

Die Internetseite des KIP NI steht Nutzerinnen und Nutzern, die sich über das Phänomen des Islamismus und die Islamismusprävention in Niedersachsen informieren wollen, zur Verfügung. Dort erhalten Sie Informationen zu den Themen Islamismus und Radikalisierung, zur Arbeit des Landesprogrammes für Islamismusprävention, zu Veranstaltungen und zu Hilfsangeboten. Zudem können über die Internetseite Informationsmaterialien abgerufen und kostenlos bestellt werden.

Weitere Informationen zum KIP NI erhalten Sie unter folgenden Kontaktdaten:

Internet: www.KIPNI.niedersachsen.de

E-Mail: info@KIPNI.niedersachsen.de

Neues Niedersächsisches Internetportal für Extremismusprävention im Aufbau

Die Angebote und Informationen der beiden niedersächsischen Landesprogramme für Extremismusprävention, des beim MJ angesiedelten Landesprogramms für Demokratie und Menschenrechte sowie des KIP NI, werden künftig auf einer gemeinsamen Internetseite abrufbar sein. Damit wird erstmalig ein zentrales und niedrigschwelliges Portal für Extremismusprävention in Niedersachsen geschaffen. Voraussichtlich wird das Angebot im Sommer 2023 abrufbar sein.

6.7 Aktion Neustart

Das 2010 gegründete Aussteigerprogramm Aktion Neustart unterstützt ausstiegswillige Extremistinnen und Extremisten, die sich von ihrer jeweiligen extremistischen Szene und Ideologie distanzieren wollen. Aktion Neustart ist für alle extremistischen Phänomenbereiche zuständig, seit 2010 für Rechtsextremismus, seit 2016 für

Islamismus sowie seit 2019 für Linksextremismus, Extremismus mit Auslandsbezug und Scientology-Organisation.

Aktion Neustart steht als Ansprechpartner für Ausstiegswillige zur Verfügung, spricht aber auch proaktiv Extremistinnen und Extremisten an, die noch keinen Ausstiegswillen entwickelt

haben. Auf diese Weise sollen bei ihnen Ausstiegsimpulse gesetzt werden. Wichtiger Teil der Ausstiegsarbeit ist zudem die Beratung des sozialen Umfeldes von Extremistinnen und Extremisten, z. B. der Eltern, Lehrkräfte, Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber und des Freundeskreises. Das Aussteigerprogramm unterstützt alle Ausstiegswilligen, vom jungen Menschen, der droht in den Extremismus abzugleiten, über Mitläufer und Aktivisten bis hin zu langjährigen Führungskadern der extremistischen Szenen. Die Unterstützung durch Aktion Neustart ist stets kostenlos, freiwillig und streng vertraulich.





Das Angebot des Aussteigerprogramms umfasst:

- vertrauliche Beratung am Telefon,
- vorurteilsfreie Gespräche über Probleme, Ängste und Wünsche,
- persönliche Beratung und Begleitung im Ausstiegsprozess,
- Erstellung eines individuellen Ausstiegsplans,
- Unterstützung bei der Arbeits-, Ausbildungs- oder Wohnungssuche und im Umgang mit Behörden,
- Hilfe in Bedrohungssituationen,
- Unterstützung bei der Bearbeitung von Alkohol-, Drogen- und finanziellen Problemen,
- Hilfe bei der Entfernung von extremistischen Tätowierungen und
- Unterstützung bei Gesprächen mit Eltern, Lehrkräften Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern.



Aktion Neustart hat seit seiner Gründung zahlreiche Fälle bearbeitet. Sie umfassen Beratungstätigkeiten für soziale Umfeldler (Familie, Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern, Freundeskreis etc.) extremistischer Personen, für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sowie konkrete Ausstiegsbetreuungen.

Von den Fällen, die zu einer konkreten Ausstiegsberatung führten, sind im Phänomenbereich Rechtsextremismus seit 2010 insgesamt 61 Personen erfolgreich ausgestiegen. 28 Personen werden aktuell betreut. Im Phänomenbereich Islamismus sind seit 2016 insgesamt 16 Personen erfolgreich ausgestiegen. 13 Personen werden derzeit betreut. In den Phänomenbereichen Extremismus mit Auslandsbezug und Linksextremismus sind seit 2019 erste Fälle in Bearbeitung. Im ebenfalls seit 2019 bearbeiteten Phänomenbereich

Scientology-Organisation konnten noch keine Ausstiegsfälle generiert werden.

Das Team von Aktion Neustart ist interdisziplinär und geschlechterparitätisch zusammengesetzt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verfügen über langjährige Erfahrung im Umgang mit extremistischen Ideologien und arbeiten auf Grundlage pädagogischer und psychologischer Fachkenntnisse und Methoden. Die umfangreichen Verfassungsschutzkenntnisse über extremistische Ideologien und Szenen ermöglichen es Aktion Neustart, mögliche Bedrohungslagen für einen Aussteiger bzw. eine Aussteigerin frühzeitig zu erkennen und fundierte Gefahrenprognosen zu erstellen.

Im Ausstiegsprozess sollen die persönlichen Einstiegsmotive und die extremistischen Einstellungsmuster erkannt, besprochen und aufgelöst werden. Ziel der Ausstiegsarbeit ist die Hinwendung der oder des Aussteigenden zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung und den Grund- und Menschenrechten.

Das Zusammenspiel sicherheitsbehördlicher und pädagogischer Fähigkeiten kombiniert mit langjähriger Erfahrung in der Ausstiegsarbeit ermöglicht es, im Ausstiegsprozess nicht nur eine nachhaltige Loslösung von extremistischer Ideologie und Szene zu erreichen, sondern gleichzeitig auch Schutz und Sicherheit für den Aussteiger oder die Aussteigerin zu gewährleisten. Darüber hinaus sind der Aufbau einer nichtextremistischen sozialen Existenz und die Reintegration in die Gesellschaft essenziell für die Arbeit von Aktion Neustart.

In der Ausstiegsarbeit bestätigt sich regelmäßig, dass extremistische Szenen gerade für junge Menschen vermeintlich einfache Lösungen für komplexe Fragen bereithalten. Der Wunsch nach Anerkennung und eine Erlebnisorientierung sind fundamentale Motive für die Hinwendung zur extremistischen Szene. Allerdings können durch die Zugehörigkeit zu einer extremistischen Szene Orientierungslosigkeit, Identitätsprobleme, Frustrationen und Ängste nur für eine begrenzte Zeit kompensiert werden.



Extremistinnen und Extremisten, die erkannt haben, dass ihnen die extremistische Szene nicht das Erhoffte gibt, erhalten von Aktion Neustart Unterstützung. Gemeinsam mit der Aussteigerin oder dem Aussteiger wird eine sinnvolle Perspektive für ein Leben frei von Extremismus entwickelt.

Seit Jahren spielt das Internet, insbesondere soziale Netzwerke, eine herausragende Rolle beim Einstieg junger Menschen in extremistische Ideologien und Szenen. Soziale Netzwerke bieten Menschen die Möglichkeit, erste Kontakte zu Extremistinnen und Extremisten herzustellen. Extremistisches Gedankengut wird teils unreflektiert übernommen und so die Radikalisierung befördert. Neben dem Austausch extremistischer Meinungen können einfach extremistische Schriften, Filme und Musik konsumiert werden. Um dem entgegenzutreten, nutzt Aktion Neustart soziale Netzwerke für seine Ausstiegsarbeit. Extremistinnen und Extremisten werden dort gezielt proaktiv angesprochen und so Ausstiegsimpulse gesetzt. Mittels Memes und Videos kommuniziert Aktion Neustart alternative Narrative und dringt in die extremistischen Meinungsblasen der Nutzerinnen und Nutzer sozialer Netzwerke ein, bietet nichtextremistische Perspektiven an und macht auf sein Unterstützungsangebot für den Ausstieg aufmerksam.

Um potenzielle Aussteigerinnen und Aussteiger möglichst niedrigschwellig erreichen zu können, bietet Aktion Neustart zudem die Möglichkeit der anonymen Online-Beratung an. Sie richtet sich an all diejenigen, die sich über Extremismus und den Ausstieg aus dem Extremismus beraten lassen wollen.

Sie können Aktion Neustart unter folgenden Kontaktdaten erreichen:

Mobil: 0172 4444300

E-Mail: aktion.neustart@mi.niedersachsen.de

In den Sozialen Medien: Facebook, YouTube, Instagram

Online-Beratung für alle Extremismusbereiche:

www.aktion-neustart.de



6.8 Kontaktdaten

Für Wünsche zu Vortrags- und Informationsveranstaltungen steht der Fachbereich der Extremismusprävention beim Niedersächsischen Verfassungsschutz unter folgenden Kontaktdaten zur Verfügung:

Telefon: 0511 6709-215

E-Mail: praevention@mi.niedersachsen.de

Informationen zur Wanderausstellung „Gemeinsam gegen Rechtsextremismus“, wie aktuelle Ausstellungsorte, Termine für Führungen, Voraussetzungen für die Präsentation etc., erhalten Sie ebenfalls unter der o. a. Telefonnummer oder E-Mail-Adresse. Siehe hierzu auch Kapitel 1.15.